Marin: Betriebliche Vorsorge stärken

Reform des Pensionssystem

Das staatliche Pensionssystem bedarf „schon morgen" grundlegender Änderungen. Ohne Reformen müßte die Steuer- und Abgabenlast der Bruttoeinkommen zur Beibehaltung des derzeitigen Pensionsniveaus auf 60% bis 70% im Jahr 2008 bis 2010 steigen, oder die Pensionen müßten auf 24% des Letztbezuges sinken.

Dies erklärte der Exekutivdirektor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bernd Marin, am Montag bei einer Veranstaltung des Versicherungsverbandes in Fuschl.

Ein drittes Szenario sei die Erhöhung des Pensionseintrittsalters auf 65,5 bis 67,5 Jahre. Der Generationsvertrag werde nicht halten, wenn jemand das Zweieinhalbfache zahlen müsse und weniger herausbekomme als die Generation vor ihm, so Marin.

Als Maßnahmen schlug der Sozialwissenschafter neben einer Verstärkung der betrieblichen und privaten Vorsorge die Heranziehung des Durchschnittseinkommens als Bemessungsgrundlage für die Pension vor – und nicht wie bisher die „besten 15 Jahre".

Außerdem solle die „halbe Lebenszeit" gearbeitet werden, wobei Bildungsfreistellungen und Karenzzeiten – zum Teil selbstfinanziert – immer mehr Bedeutung erlangen könnten. Als Ersatzzeiten könnten auch Dienste beim Roten Kreuz oder bei der Freiwilligen Feuerwehr herangezogen werden.

Wichtig sei außerdem die Angleichung zwischen ASVG und Beamtenpension. *itz*